

Stadt Suhl
Vorsitzende des Stadtrates

21.03.2019

Niederschrift über die 55. Sitzung des Stadtrates der Stadt Suhl am 20.03.2019

Ort: Oberrathaussaal

Zeit: 17.00 – 19.30 Uhr

Sitzungsleiter: Vorsitzende des Stadtrates, StR-Mitgl. Frau Habelt

Tagesordnung:

Nicht öffentlicher Teil (TOP 1)

Öffentlicher Teil

2. Behandlung von Anfragen gemäß § 24 (5) der Geschäftsordnung
3. Informationen des Oberbürgermeisters
4. Berichterstattung zur Flüchtlingssituation in Suhl
5. Behandlung von Beschlussvorlagen
6. Behandlung von Anträgen
7. Kenntnisnahme von Informationen und Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters
8. Behandlung von Anfragen gemäß § 24 (2) Geschäftsordnung

Nicht öffentlicher Teil (TOP 9 – 12)

Nicht öffentlicher Teil

Öffentlicher Teil

Bekanntgabe der aktuellen Anwesenheit

Von 39 Stadtratsmitgliedern zuzüglich Oberbürgermeister sind:
37 anwesend = 92,5 %
3 fehlen entschuldigt.

Damit ist der Stadtrat beschlussfähig.

Änderungen zur Tagesordnung

Der Oberbürgermeister zieht die Vorlage 8 „Prüfauftrag zur Schaffung eines Schulverbundes zwischen dem Heinrich-Erhardt-Gymnasium Zella-Mehlis und dem Friedrich-König-Gymnasium Suhl“ zurück.

Geschäftsordnungsantrag Nr. 12/2019Oberbürgermeister Herr Knapp

Er beantragt, die Beschlussvorlage 10 vor dem Tagesordnungspunkt 2 zu behandeln.

Über den GO-Antrag wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 37 Stimmen
Gegenstimmen 0
Stimmenthaltungen 0 von 37 Stimmberechtigten

Damit ist der GO-Antrag angenommen und die Tagesordnung geändert.

677/22/2019

Genehmigung von Filmaufnahmen während der heutigen Stadtratssitzung durch das MDR „Thüringen Journal“

Über den Antrag wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 37 Stimmen
Gegenstimmen 0
Stimmenthaltungen 0 von 37 Stimmberechtigten

Damit ist der Antrag beschlossen.

Abstimmung gemäß § 20 (4) der Geschäftsordnung über das Rederecht von Gästen**Geschäftsordnungsantrag Nr. 13/2019**

Rederecht für Herrn Nicolai, Landespolizeiinspektion Suhl, Behördenleiter, zum TOP 4: Berichterstattung zur Flüchtlingssituation in Suhl

Über das Rederecht für Herrn Nicolai wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 37 Stimmen
Gegenstimmen 0
Stimmenthaltungen 0 von 37 Stimmberechtigten

Damit erhält Herr Nicolai das Rederecht zum TOP 4.

Abstimmung über die Tagesordnung

Über die geänderte Tagesordnung wird folgendermaßen abgestimmt.

dafür 37 Stimmen
Gegenstimmen 0
Stimmenthaltungen 0 von 37 Stimmberechtigten

Damit ist die geänderte Tagesordnung bestätigt.

StR-Mitgl. Herr Jähne nimmt an der Sitzung teil = 38 Stimmberechtigte anwesend.

Hinweis der Vorsitzenden:

Nachträglich wird folgenden StR-Mitgliedern ganz herzlich zum Geburtstag gratuliert:

- Herrn Jürgen Gerbig
- Herrn Dr. Martin Kummer

Zum Tagesordnungspunkt 5:

678/23/2019

Vorlage 10:

Südthüringen zukunftsfähig machen

Änderungsanträge des Oberbürgermeisters Herrn Knapp

Er beantragt folgende Änderungen:

1. im Beschlusspunkt 3 „Sondierungsgespräche“ in „Fusionsgespräche“ ändern
2. das Fusionsdatum vom 01.07.2024 auf 01.01.2024 ändern, weil HSK zum 31.12.2023 ausläuft → betrifft Beschlusspunkte 2, letzte Zeile, und 4 c
3. im Beschlusspunkt 4 d: Über den Sitz der *Kreisstadtfunktionen* ist zu verhandeln.

Über die Änderungsanträge wird folgendermaßen zusammen abgestimmt:

dafür 36 Stimmen
Gegenstimmen 1
Stimmenthaltungen 0 von 38 Stimmberechtigten

Damit sind die Änderungsanträge angenommen.

Änderung:

Der Beschlusstext lautet folgendermaßen **neu**:

- 1) Die Stadt Suhl stellt sich den Herausforderungen aus dem demografischen Wandel, der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, der Energiewende und der Daseinsvorsorge. Die Stadt Suhl bringt sich deshalb aktiv in die Gestaltung des Landesentwicklungsprogrammes "Thüringen im Wandel 2025" ein. Schwerpunkte für die Stadt Suhl sind:
 - a) Das "Oberzentrum Südthüringen" soll gesetzlich verbindlich, spätestens bis zum 31.10.2019 in das "Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025" aufgenommen sein. Darin müssen die Parameter für das Oberzentrum klar formuliert und von der Landesregierung bestätigt sein. Die Stadt Suhl muss dabei die Rolle erhalten, die ihr als größte Kommune Südthüringens zukommt. Dazu gehören die Ansiedlung einer Hochschule und eines Gründerzentrums, Verbesserungen z.B. im ÖPNV durch einen Verkehrsverbund, Verbesserung in der Gesundheitsversorgung und weiteren wichtigen Punkten der Daseinsvorsorge.
 - b) Die in der Umgebung des Oberzentrums liegenden Gebietskörperschaften erhalten Vorschläge zu politischen, wirtschaftlichen, gemeinnützigen und öffentlichen Kooperationsbeziehungen, mit dem Ziel gemeinsamer Lösungen.
 - c) Die mögliche Fusion der Stadt Suhl in den Landkreis Schmalkalden-Meiningen wird hinsichtlich der finanziellen und strukturellen Auswirkungen in gemeinsamen Gesprächen, auch mit dem Freistaat Thüringen, intensiv geprüft.
- 2) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage der Ergebnisse der Sondierungsgespräche, mit dem Landkreis Schmalkalden-Meiningen konkrete Verhandlungen zur Fusion der Stadt Suhl zu führen, mit der Maßgabe eines möglichen Inkrafttretens des notwendigen Neugliederungsgesetzes zum **01.01.2024**.

- 3) Der Verhandlungsauftrag wird an den Oberbürgermeister unter der Maßgabe erteilt, dass das Verhandlungsergebnis den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Suhl mitgeteilt und in einem Bürgerentscheid zur Abstimmung vorgelegt wird. Die vom Stadtrat berufene Sondierungsgruppe ist aktiv in die Verhandlungen einzubeziehen. Vor Abschluss der **Fusionsgespräche** sind keine Vereinbarungen zu potenziellen Verhandlungsgegenständen wie Schulnetz, ÖPNV etc. zu treffen.
- 4) Der Oberbürgermeister führt die Verhandlungen zur Fusion unter Beachtung folgender Prämissen:
- a) Klärung der Differenzstandpunkte zur freien Finanzspitze (Betrag nach Abzug der laufenden Aufwendungen und der, auch in Zukunft möglichen, Tilgungsleistungen), zwischen der Berechnung der Stadt Suhl -1,1 Mio. Euro im Jahr und der Berechnung des Freistaats Thüringen von ca. 6,3 Mio. Euro im Jahr.
 - b) Die von der Landesregierung prognostizierten positiven finanziellen Effekte möchte der Stadtrat der Stadt Suhl besichert wissen und stellt die Verhandlungen zur Fusion der Stadt Suhl in den Landkreis Schmalkalden-Meiningen unter die Bedingung der Abgabe einer Patronatserklärung seitens des Freistaates Thüringen. Diese garantiert der Stadt Suhl, auf Basis der Zahlen und Rahmenbedingungen des Haushaltsjahres 2018, eine freie Finanzspitze von mind. 3 Mio. Euro pro Jahr für die Dauer von 10 Jahren nach dem Inkrafttreten des Neugliederungsgesetzes durch den Freistaat.
 - c) Der Freistaat Thüringen sichert im Zeitraum von diesem Grundsatzbeschluss bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer möglichen Fusion am **01.01.2024** die Gewährleistung der notwendigen Bedarfszuweisungen für die Stadt Suhl zu.
 - d) Der Bedeutung der Stadt Suhl wird mit dem künftigen Status „Große Kreisstadt“ Rechnung getragen. Über den Sitz der Kreisstadtfunktionen ist zu verhandeln.
- 5) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Freistaat zu weiteren Schwerpunkten Gespräche zu führen und Vereinbarungen zu treffen:
- a) Unterstützung seitens des Freistaates Thüringen durch Federführung der LEG bei der schrittweisen Umsetzung des bestehenden Konzeptes der Umwidmung des Wohngebietes Suhl-Nord in ein Gewerbegebiet.
 - b) Erhaltung der im Gebiet der Stadt Suhl vorhandenen Landes- und Bundesbehörden sowie Unterstützung bei der Ansiedlung der künftigen (alleinigen) Thüringer Außenstelle der Stasi-Unterlagenbehörde.
 - c) Ansiedlung einer höheren Bildungseinrichtung in der Stadt Suhl.
 - d) Unterstützung und Förderung bei folgenden Sanierungs- und Investitionsobjekten:
 1. grundsätzliche Sanierung des Ottilienbades sowie der energetischen Sanierung des CCS (Dach, Fassade, Atrium)
 2. Sanierung der Schule Förderzentrum Aue
 3. Sanierung des Areals Brand- und Katastrophenschutzes in der Aue
 4. Sanierung des Sportkomplexes Aue-Sportpark
 5. Schaffung leistungsgerechter Feuerwehrstandorte in den Ortsteilen Schmiedefeld und Gehlberg
 6. Erwerb und Sanierung des Areals „Altes Glaswerk“ im Ortsteil Schmiedefeld
 7. Aufnahme der Ortsteile Schmiedefeld und Gehlberg in spezielle Unterstützungsprogramme der Dorferneuerung und LEADER.
- 6) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle relevanten Abstimmungen zu führen, den Stadtrat und seine Ausschüsse einzubeziehen, aktuell über den Stand der Umsetzung zu berichten, erforderliche Vorschläge für das weitere Handeln zu unterbreiten sowie eine transparente Information der Bürger zu gewährleisten. Die öffentlichen Informationen zum „Oberzentrum Südthüringen“ sollen im Einvernehmen mit den Städten Zella-Mehlis, Schleusingen und Oberhof erfolgen.
- 7) Sofern dieser Beschluss in seiner Gesamtheit oder auch Teile dieses Beschlusses im Widerspruch gegen frühere Beschlüsse des Stadtrates oder Teilen daraus stehen,

ersetzen die Regelungen dieses Beschlusses die konkurrierenden Festlegungen der zeitlich früher gefassten Beschlüsse.

Über die geänderte Vorlage 10 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür	36 Stimmen	—	
Gegenstimmen	0		
Stimmenthaltungen	2	von	38 Stimmberechtigten

Damit ist die geänderte Vorlage 10 beschlossen.

Zum Tagesordnungspunkt 2:

Behandlung von Anfragen gemäß § 24 (5) der Geschäftsordnung (schriftliche oder mündliche Anfragen der Bürger an einzelne Stadtratsmitglieder, den Oberbürgermeister, Beigeordnete oder Ausschussvorsitzende)

Es werden keine Anfragen gestellt.

StR-Mitgl. Herr Gerbig verlässt die Sitzung = 37 Stimmberechtigte anwesend.

Zum Tagesordnungspunkt 3:

Informationen durch den Oberbürgermeister

- Zustandsbericht Entsorgung Gelbe Säcke
 - . aktuelle Fotos werden gezeigt
 - . Bürger bitte beachten: an Müllsammelplätzen werden keine gelben Säcke mehr entsorgt, nur noch an bestimmten Plätzen – mit Schildern wird darauf hingewiesen, trotzdem werden Säcke abgelegt
 - . Bürger stellen Säcke ab und achten nicht auf Entsorgungstermine
 - . mit Entsorgung wurde Firma beauftragt, welche diese an Subunternehmen weiter gegeben hat
 - . Arbeitskräfte vom 2. Arbeitsmarkt haben Plätze gesäubert, sind jetzt weggefallen
 - . Entsorgungsunternehmen entsorgt nur Plätze, die dafür vorgesehen sind – andere nicht
 - . im nächsten Stadtrat wird Vorlage zum Umgang mit diesem Problem vorgelegt – Videoüberwachung an Sammelplätzen, Personaleinstellung
- Ergebnis Abstimmung Verbandsversammlung RDZV 19.03.19 zum Beschluss Stadtrat 27.02.19 (Antrag 3: Fraktion CDU - Qualitätssicherung im Rettungsdienstzweckverband Südthüringen (RDZV) durch die Zertifizierung nach DIN EN ISO 9001:2015)
 - . Punkt 1 wurde geändert: Geschäftsführerin wird beauftragt, entsprechende Angebote einzuholen und in Herbstversammlung Aufnahme in Wirtschaftsplan 2020 zu entscheiden
 - . Punkte 2 - 4 beschlossen

Zum Tagesordnungspunkt 4:

Berichterstattung zur Flüchtlingssituation in Suhl

Gast: Herr Nicolai, Landespolizeiinspektion Suhl, Behördenleiter

Hinweis der Vorsitzenden:

In den Mappen liegt ein Schreiben des Vorstandsvorsitzenden des DRK zum Artikel im FW am 02.03.19 – Redebeitrag Leiterin EAE Frau Leffler

Herr Nicolai, Landespolizeiinspektion Suhl, Behördenleiter

- Thüringen sicheres Bundesland, Südthüringen noch sicherer

Statistik 2018 LPI-Bereich Suhl

- 3.149 Straftaten in Suhl (ohne Aufenthaltsgesetz 2.820) mit Aufklärungsquote 76,6 % (ohne Aufenthaltsgesetz 73,9 %)
- Häufigkeitszahl 8438, ohne Aufenthaltsgesetz 7556 (Fälle werden auf 100 T/EW hochgerechnet)

. Thüringen	6655
. Hildburghausen	9519
. Meiningen	11384
. Bad Salzungen	7467
. Suhl	8438
- LPI-Bereich Suhl 7.122 Tatverdächtige (TTV) ermittelt, davon 1.282 nichtdeutsche TTV
- Straftaten nach Aufenthaltsgesetz abgezogen = 6.877 TTV, davon 1.037 nicht-deutsche TTV = 15,1 %, 2017 waren es 12 %

City Suhl und Erstaufnahmeeinrichtung (EAE)

- Einrichtung EAE Suhl Juli 2014, vor allem mit Kriegsflüchtlingen aus Syrien, Irak, Afghanistan, Eritrea usw.
- 2016 vorwiegend aus Balkanländern, 2017-18 Magreb-Staaten, 2019 vorwiegend Syrien, Serbien, Nigeria, Albanien usw.
- am Anfang wenig Straftaten
- seitdem viele Maßnahmen, vor allem auf Betreiben der Polizei, unternommen, um Sicherheit in EAE und Suhl zu gewährleisten
- seit Oktober 2017 Suhl einzige EAE in Thüringen
- Straftaten von Bewohnern EAE sind von Belegungsstärke und Herkunftsländern abhängig
- seit 2019 Belegungszahl rückläufig

Schwerpunkte aus Sicht der Polizei

- Innenstadtbereich/Bereich unter freiem Himmel
 - . betrifft ausländische Mitbürger, Jugendliche, sogenannte Trinkerszene
 - . vermehrt Verstöße gegen Stadtordnung (Alkoholverbot, ruhestörender Lärm etc.)
- Innenstadtbereich – beide Einkaufszentren
 - . werden oft zur Freizeitgestaltung genutzt
 - . fast ausschließlich männliche ausländische Mitbürger halten sich auffällig oft dort auf – beeinflusst Sicherheitsgefühl negativ
 - . hinzu kommen Ladendiebstähle, Sachbeschädigungen etc.
- Vorfälle in Bussen der SNG
 - . Versuche von Beförderung ohne Entrichtung Fahrpreis
 - . Beleidigung und Nötigung der Busfahrer
 - . Sachbeschädigung an Bussen
- EAE Friedberg
 - . häufig Einsätze von Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst
 - . Anlässe: Streitigkeiten zwischen verschiedenen Nationalitäten, Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Missbrauch von Notrufen
 - . Problem: Alkoholkonsum der Bewohner EAE
 - . kurze Verweildauer erschwert das Problem – erzieherischer Effekt nicht nachhaltig
 - . mussten feststellen, dass Wille zur Befassung mit Recht und Kultur von Deutschland kaum vorhanden ist
 - . erschwerend ist offensichtliche Feindschaft zwischen bestimmten Nationen und Bevölkerungsschichten
 - . häufig einzelne Intensivtäter, die innerhalb weniger Tage Vielzahl von Straftaten begehen

Statistische Erhebung

- Straftaten nach ausländerrechtlichen Bestimmungen rückläufig

- Straftaten in EAE: 2016 – 154, 2017 – 101, 2018 – 298, 2019 – 35 (Januar-Februar)
- Straftaten: Körperverletzungen, Diebstähle unter Bewohnern, Sachbeschädigungen, Bedrohungen und Beleidigungen (oft gegen Personal EAE)
- polizeiliche Maßnahmen haben positive Auswirkungen für Sicherheit EAE – 2018 keine Angriffe gegen EAE
- Straftaten Bewohner EAE im Stadtgebiet:
 - . 2016 – 51, 2017 – 183, 2018 – 266, 2019 – 28 (Januar-Februar)
 - . davon 8,7 % Körperverletzungen, 65,7 % Diebstähle, 18 % Sachbeschädigungen usw.
- jeder Einsatz ist für Polizei mit erhöhtem Zeiteinsatz (sprachliche Probleme) und hoher psychischer Belastung der Einsatzkräfte verbunden
- steigende Aggressivität gegenüber Polizei ist nicht nur bei ausländischen Mitbürgern festzustellen
- Zunahme der Straftaten ist mit Wechsel der untergebrachten Nationalitäten in EAE verbunden
- Großteil der Straftaten 2018 im Stadtgebiet wurden in beiden Einkaufszentren begangen (Ladendiebstähle, Hausfriedensbrüche, Sachbeschädigungen usw.)
- durch verschiedenste Maßnahmen ist Rückgang von Straftaten in 2019 bisher zu verzeichnen

getroffene bzw. angeregte Maßnahmen

1. Allgemeines

- Anfang 2018 mit Staatsanwaltschaft Meiningen und Amtsgericht Suhl Strategie der schnellstmöglichen Ahndung festgelegt
- insbes. bei Ladendiebstählen erfolgt beschleunigtes Verfahren – dazu erneute Beratung Januar 2019 mit Staatsanwaltschaft Meiningen und Amtsgericht Suhl; zeigt eindeutige Erfolge und dass Flüchtlinge gut vernetzt sind
- Strategie zeigte sofortige Wirkung, bedingt aber auch mehr Personal bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Amtsgericht
- im Ermittlungsdienst des Inspektionsdienstes Suhl wurde Arbeitsgruppe etabliert, die alle Vorgänge mit Migrationsbezug bearbeitet – Sachbearbeitung gebündelt, Bearbeitungsprozesse gestrafft, Synergieeffekte geschaffen
- enge Zusammenarbeit mit Bundespolizei – anfallende Vorgänge werden unter Gesichtspunkt Schleuserkriminalität geprüft

2. Innenstadtbereich

- verstärkte Fußstreifenaktivität, insbes. in Abendstunden - Bereitschaftspolizei, Einsatzzug und Diensthundeführer der Landespolizei werden nach Möglichkeit einbezogen; personelle Möglichkeiten leider begrenzt
- gemeinsame Streifen mit Ordnungsamt haben sich bewährt
- regelmäßige gemeinsame Beratungen mit Management beider Einkaufszentren
- auswahlweise uniformierte Präsenz in Einkaufszentren, Schwerpunkt Kontrolle zu Schließzeiten
- regt Videoüberwachung in Einkaufszentren an
- Sicherheit in Bussen durch Kameraüberwachung spürbar verbessert

3. EAE

- 15.01.18 Abstimmungsbesprechung von Landespolizeiinspektion Suhl, Inspektionsdienst Suhl, Landespolizeidirektion, Thüringer Landesverwaltungsamt (TLVwA) und Wachschutz
- Anregung zur Trennung von Nationalitäten – ist erfolgt; Haus 19 Familien, Haus 20 allein reisende Männer
- Anregung mehr Wachschutz in Nachtstunden einzusetzen – durch TLVwA realisiert, von 10 auf 12 Mitarbeiter erhöht
- personalisierte Zutrittskarten für Bewohner EAE
- täglich mehrfache Bestreifung EAE, mindestens 1x pro Tag Kontaktaufnahme zum Wachschutz

- polizeiliche Begleitung der Taschengeldauszahlung auf Anforderung der Hausleitung sowie Unterstützung bei Vollstreckung von Bußgeldern
 - Kontaktdienst für Asylbewerber (KoDA) wurde eingerichtet – zwei Dienstzimmer, in denen KoDA Sprechzeiten anbietet – wird leider durch Bewohner EAE wenig genutzt
 - zwei Beamte Bundespolizei nutzen auch Büro´s KoDA
 - LPI Suhl bietet Schulungsmaßnahmen an, um Rechtssystem zu vermitteln
 - DRK bzw. Wachschutz werden durch Inspektionsdienst Suhl informiert, wenn Bewohner EAE von freiheitsentziehenden Maßnahmen betroffen sind
 - Polizei nimmt regelmäßig an Sitzungen Runder Tisch teil
 - gemeinsames Einsatzkonzept von Polizei, Feuerwehr und THW liegt vor
4. angeregte und noch offene Maßnahmen
- Schleuse fehlt immer noch
 - Zaun EAE durch Kameras sichern
 - Installierung von Kameras in bestimmten Fluren – erstes Obergeschoss Haus 20
 - verschlussichere Gestaltung der Zimmer – Schutz vor Diebstahl untereinander
 - Schutz Brandmeldeeinrichtungen gegen Vandalismus
 - Unterbringung Verwaltung und Serviceleister in separatem Gebäude, dessen Zugang kontrollierbar ist

Aussichten

- Flüchtlinge werden vermehrt aus Afrika kommen, keine Kriegsflüchtlinge
- Probleme nur gemeinsam lösbar

StR-Mitgl. Herr Gerbig nimmt wieder an der Sitzung teil = 38 Stimmberechtigte anwesend.

StR-Mitgl. Herr Dr. Hauk, CDU

- Lob für geleistete Arbeit, leider in oberen politischen Ebenen von Deutschland nicht mehr so gut
- gibt Asylsuchende mit 5-fach-Identitäten
- Wie erfolgt Identitätsfeststellung? Fingerabdruck oder DNA?

Herr Nicolai

- manche haben einen Pass
- Feststellung per Fingerabdruck
- Doppel- oder Fünffachidentität sollte in Deutschland nicht mehr möglich sein

StR-Mitgl. Herr Dr. Hauk, CDU

- Glaubwürdigkeit der Altersangaben ist problematisch
- glaubhaft wäre Knochendichtemessung – wurde bisher abgelehnt wegen radiologischer Belastung
- Gibt es dazu neue Erkenntnisse?

Herr Nicolai

- differenzieren
- in EAE kommen Familien, Kinder, die die Wahrheit sagen oder Pässe dabei haben
- manche kommen, die ihre Identität verschleiern – Möglichkeiten zur wahren Feststellung des Alters werden noch nicht durchgeführt/sind ihm nicht bekannt

StR-Mitgl. Herr Dr. Uske, CDU

- Straftaten in videoüberwachten Bereichen sind zurückgegangen
- Gibt es schon einen Zeitplan, wann die Videoüberwachung in der EAE eingerichtet wird?

Herr Nicolai

- Videoüberwachung ist zweischneidiges Schwert
- zu viel Überwachung bringt meist nicht den Erfolg, den man sich wünscht
- in Innenstadt Suhl gibt es relativ wenig Straftaten im öffentlichen Bereich, die meisten ereignen sich in Geschäften/Einkaufszentren
- junge Leute aus EAE halten sich oft in Centern auf – ist nicht immer schön, weil es unterschiedliche kulturelle Ansichten gibt, aber normal
- dort Videoüberwachung angebracht
- TLVwA will in Kürze Videoüberwachung in einigen Bereichen EAE installieren

Ordnungsdezernent Herr Ritter

- bedankt sich für vertrauensvolle und kollegiale Zusammenarbeit
- Polizei schützt mit ihrer Anwesenheit auch die Kameraden der Feuerwehr, des Rettungsdienstes, damit diese ihre Arbeit verrichten können
- zwei verschiedene Systeme von Feuermeldern
 - . Rauchmelder an Decken reagieren auf Rauch – Alarm kommt direkt bei Leitstelle an, Feuerwehr fährt sofort los – dann erst Prüfung, ob Brand oder Manipulation
 - . Handdruckmelder – aufgeschaltet bei Wache; Wachdienst prüft, ob Brand oder Missbrauch, dann entsprechende Meldung
- Feuerwehr häufig Einsätze in EAE

. 2016	16
. 2017	18
. 2018	37
. 2019	5

 - . insgesamt 76 Einsätze, davon 8 tatsächliche Brände, die Anderen teilweise durch Rauchen oder Essen kochen, 46 mutwilliger Alarm/Missbrauch
- Kosten ca. 22 T€ je Einsatz – wird Betreiber EAE in Rechnung gestellt
- hohe Belastung für Einsatzkräfte und dadurch Fehlen bei anderen Einsätzen
- geregelt, dass erst hauptamtliche Kräfte gerufen werden, dann ehrenamtliche
- in Einrichtung wird geraucht und getrunken, obwohl es verboten ist
- bei Feststellung der Ordnungswidrigkeit erfolgt beschleunigtes Verfahren – Taschengeldpfändung
- erzieherischer Effekt konnte festgestellt werden
- in EAE erhöhtes Risiko für Brandschutz
- Durchführung ständiger Kontrollen, Brandschutzkonzepte und Sicherheitspläne liegen vor
- gute Zusammenarbeit mit Polizei und Wachschatz

PAUSE 18.20 – 18.50 Uhr

Der Oberbürgermeister und StR-Mitgl. Herr Mentzel verlassen die Sitzung = 36 Stimmberechtigte anwesend.

Zum Tagesordnungspunkt 5:

Behandlung von Beschlussvorlagen

679/24/2019

Vorlage 1:

Anträge auf Änderung des Entwurfs des Flächennutzungsplanes der Stadt Suhl im Bereich „Dürre Lauter“, Ortsteil Goldlauter-Heidersbach

Über die Vorlage 1 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 22 Stimmen
Gegenstimmen 7
Stimmenthaltungen 6 von 36 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage 1 beschlossen.

680/25/2019

Vorlage 2:

Aufgabenstellung zum Vorhaben „Kleingartenentwicklungskonzept Suhl 2035“

Über die Vorlage 2 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 34 Stimmen
Gegenstimmen 0
Stimmenthaltungen 1 von 36 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage 2 beschlossen.

681/26/2019

Vorlage 3:

Beauftragung der SNG mbH Suhl / Zella-Mehlis zur Umsetzung der Verkehrsbedienung in Schmiedefeld und Gehlberg

Geschäftsordnungsantrag Nr. 14/2019

Vorsitzende

Sie beantragt das Rederecht für den OTBM Schmiedefeld Herrn Pulvers.

Dem Antrag wird konkludent zugestimmt.

Über die Vorlage 3 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 36 Stimmen
Gegenstimmen 0
Stimmenthaltungen 0 von 36 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage 3 beschlossen.

682/27/2019

Vorlage 4:

Feststellung der Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses der Stadt Suhl zum 31.12.2017

Über die Vorlage 4 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 36 Stimmen
Gegenstimmen 0
Stimmenthaltungen 0 von 36 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage 4 beschlossen.

Der Oberbürgermeister nimmt wieder an der Sitzung teil = 37 Stimmberechtigte anwesend.

683/28/2019**Vorlage 5:**

Entlastung des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters für die Erstellung des Jahresabschlusses der Stadt Suhl zum 31.12.2017

Über die Vorlage 5 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 34 Stimmen
Gegenstimmen 0
Stimmenthaltungen 1 von 37 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage 5 beschlossen.

684/29/2019**Vorlage 6:**

Bewilligung einer Maßnahme im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 52a Satz 2 ThürKO i. V. m. § 10 ThürKDG zur Sicherung der Durchführung kommunaler Beschäftigungsmaßnahmen im Haushaltsjahr 2019 ff.

Über die Vorlage 6 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 36 Stimmen
Gegenstimmen 0
Stimmenthaltungen 0 von 37 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage 6 beschlossen.

685/30/2019**Vorlage 7:**

Bereitstellung finanzieller Mittel in Höhe von 340 T€ im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019 für den Neubeginn der Investitionsmaßnahme Ersatzneubau Brücke über die Lauter (Gothaer Straße / Knoten Henneberger Haus (BW 22a))

Über die Vorlage 7 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 37 Stimmen
Gegenstimmen 0
Stimmenthaltungen 0 von 37 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage 7 beschlossen.

Die Vorlage 8 „Prüfauftrag zur Schaffung eines Schulverbundes zwischen dem Heinrich-Erhardt-Gymnasium Zella-Mehlis und dem Friedrich-König-Gymnasium Suhl“ wurde zurückgezogen.

686/31/2019**Vorlage 9:**

Bereitstellung der finanziellen Mittel für die Durchführung einer Messung des Deutschen Wetterdienstes mit dem Ziel der Zertifizierung des Bergwerkes "Schwarze Crux" als Heilstollen

Über die Vorlage 9 wird folgendermaßen abgestimmt:

dafür 32 Stimmen
 Gegenstimmen 1
 Stimmenthaltungen 3 von 37 Stimmberechtigten

Damit ist die Vorlage 9 beschlossen.

Die Vorlage 10 „Südthüringen zukunftsfähig machen“ wurde bereits behandelt.

Die Vorlage 11 wird im Tagesordnungspunkt 9 (nicht öffentlicher Teil) behandelt.

Zum Tagesordnungspunkt 6:

Behandlung von Anträgen

Es liegen keine Anträge vor.

Zum Tagesordnungspunkt 7:

Kenntnisnahme von Informationen und Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

Information 1:

Information über einen gefassten Beschluss des Sozialausschusses in seiner 38. Sitzung am 06.02.2019

Information 2:

Information über einen gefassten Beschluss des Werkausschusses EB KDS in seiner 27. Sitzung am 12.02.2019

Die Informationen 3 bis 5 werden im TOP 11 (nicht öffentlicher Teil) zur Kenntnis gegeben.

Eilentscheidungen wurden durch den Oberbürgermeister nicht getroffen.

Zum Tagesordnungspunkt 8:

Behandlung von Anfragen gemäß § 24 (2) der Geschäftsordnung

mündliche Anfragen

Anfrage des StR-Mitgl. Herrn Theisinger, SPD

Ist der Diana-Brunnen bis zur Auto-Meile im Mai fertig oder bleibt alles so stehen?

Finanzdezernent Herr Reigl

- Firma nimmt in kommenden Tagen Arbeit wieder auf
- Ziel ist, Arbeiten vor dem 01. Mai zu beenden – wenn Wetter mit macht

Anfragen des StR-Mitgl. Frau Rennert, Freie Wähler Suhl

- sehr oft kommt in Medien, dass Suhl die Stadt mit dem höchsten Durchschnittsalter ist usw.
- wird immer negativ bewertet – es nervt
- Was ist der Zweck der negativen Berichterstattung? Warum ist die Situation so?
- Suhl viele Pflegeeinrichtungen, Einrichtungen betreutes oder altersgerechtes Wohnen
- oft leben dort Bürger, die keine Suhler sind

- junge Leute, die zum Studium gehen, werden dort animiert, ihren Hauptwohnsitz dorthin zu verlagern (Geldprämien, Zwang zur Zahlung Zweitwohnsitzsteuer)
- Statistiken werden dadurch verfälscht
- 1. Wie viele Bewohner wohnen in Pflegeeinrichtungen oder Einrichtungen für altersgerechtes/betreutes Wohnen in Suhl?
- 2. Sind diese Bewohner als Einwohner von Suhl gemeldet?
- 3. Wie viele dieser Bewohner kommen aus dem Umland oder anderen Regionen?
- 4. Wie viele Schulabgänger (Gymnasium und Regelschule) hatten wir jährlich in den letzten 3 Jahren?

Die Anfragen werden schriftlich beantwortet.

Noch in Bearbeitung befindliche Anfragen an den Stadtrat bzw. Oberbürgermeister:

- Anfrage des StR-Mitgl. Herrn Jähne, CDU, aus der Stadtratssitzung am 27.02.2019 zur Übersicht über die sachlichen und personellen Kosten der Kindergärten im Stadtgebiet Suhl
- Anfrage des StR-Mitgl. Frau Ehrhardt, FWS, aus der Stadtratssitzung am 27.02.2019 zu Tagesmüttern in Suhl

Nicht öffentlicher Teil

Damit erklärt die Vorsitzende die 55. Sitzung des Stadtrates der Stadt Suhl für beendet.

M. Habelt

Schriftführerin: C. Polleit

Folgende Beschlüsse wurden in der 55. Sitzung des Stadtrates Suhl am 20.03.2019 im öffentlichen Teil gefasst bzw. zur Kenntnis gegeben:

677/22/2019 vom 20.03.19

Genehmigung von Filmaufnahmen während der heutigen Stadtratssitzung durch das MDR „Thüringen Journal“

678/23/2019 vom 20.03.19

Vorlage 10:

Südthüringen zukunftsfähig machen

Änderung:

Der Beschlusstext lautet folgendermaßen **neu**:

- 1) Die Stadt Suhl stellt sich den Herausforderungen aus dem demografischen Wandel, der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, der Energiewende und der Daseinsvorsorge. Die Stadt Suhl bringt sich deshalb aktiv in die Gestaltung des Landesentwicklungsprogrammes "Thüringen im Wandel 2025" ein. Schwerpunkte für die Stadt Suhl sind:
 - a) Das "Oberzentrum Südthüringen" soll gesetzlich verbindlich, spätestens bis zum 31.10.2019 in das "Landesentwicklungsprogramm Thüringen 2025" aufgenommen sein. Darin müssen die Parameter für das Oberzentrum klar formuliert und von der Landesregierung bestätigt sein. Die Stadt Suhl muss dabei die Rolle erhalten, die ihr als größte Kommune Südthüringens zukommt. Dazu gehören die Ansiedlung einer Hochschule und eines Gründerzentrums, Verbesserungen z.B. im ÖPNV durch einen Verkehrsverbund, Verbesserung in der Gesundheitsversorgung und weiteren wichtigen Punkten der Daseinsvorsorge.
 - b) Die in der Umgebung des Oberzentrums liegenden Gebietskörperschaften erhalten Vorschläge zu politischen, wirtschaftlichen, gemeinnützigen und öffentlichen Kooperationsbeziehungen, mit dem Ziel gemeinsamer Lösungen.
 - c) Die mögliche Fusion der Stadt Suhl in den Landkreis Schmalkalden-Meiningen wird hinsichtlich der finanziellen und strukturellen Auswirkungen in gemeinsamen Gesprächen, auch mit dem Freistaat Thüringen, intensiv geprüft.
- 2) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, auf Grundlage der Ergebnisse der Sondierungsgespräche, mit dem Landkreis Schmalkalden-Meiningen konkrete Verhandlungen zur Fusion der Stadt Suhl zu führen, mit der Maßgabe eines möglichen Inkrafttretens des notwendigen Neugliederungsgesetzes zum **01.01.2024**.
- 3) Der Verhandlungsauftrag wird an den Oberbürgermeister unter der Maßgabe erteilt, dass das Verhandlungsergebnis den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Suhl mitgeteilt und in einem Bürgerentscheid zur Abstimmung vorgelegt wird. Die vom Stadtrat berufene Sondierungsgruppe ist aktiv in die Verhandlungen einzubeziehen. Vor Abschluss der **Fusionsgespräche** sind keine Vereinbarungen zu potenziellen Verhandlungsgegenständen wie Schulnetz, ÖPNV etc. zu treffen.
- 4) Der Oberbürgermeister führt die Verhandlungen zur Fusion unter Beachtung folgender Prämissen:
 - a) Klärung der Differenzstandpunkte zur freien Finanzspitze (Betrag nach Abzug der laufenden Aufwendungen und der, auch in Zukunft möglichen, Tilgungsleistungen), zwischen der Berechnung der Stadt Suhl -1,1 Mio. Euro im Jahr und der Berechnung des Freistaats Thüringen von ca. 6,3 Mio. Euro im Jahr.
 - b) Die von der Landesregierung prognostizierten positiven finanziellen Effekte möchte der Stadtrat der Stadt Suhl besichert wissen und stellt die Verhandlungen zur Fusion der Stadt Suhl in den Landkreis Schmalkalden-Meiningen unter die Bedingung der Abgabe einer Patronatserklärung seitens des Freistaates Thüringen. Diese garantiert der Stadt Suhl, auf Basis der Zahlen und Rahmenbedingungen des Haushaltsjahres 2018, eine freie Finanzspitze von mind. 3 Mio. Euro pro Jahr für die Dauer von 10 Jahren nach dem Inkrafttreten des Neugliederungsgesetzes durch den Freistaat.

- c) Der Freistaat Thüringen sichert im Zeitraum von diesem Grundsatzbeschluss bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens einer möglichen Fusion am **01.01.2024** die Gewährleistung der notwendigen Bedarfszuweisungen für die Stadt Suhl zu.
- d) Der Bedeutung der Stadt Suhl wird mit dem künftigen Status „Große Kreisstadt“ Rechnung getragen. Über den Sitz der Kreisstadtfunktionen ist zu verhandeln.
- 5) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, mit dem Freistaat zu weiteren Schwerpunkten Gespräche zu führen und Vereinbarungen zu treffen:
 - a) Unterstützung seitens des Freistaates Thüringen durch Federführung der LEG bei der schrittweisen Umsetzung des bestehenden Konzeptes der Umwidmung des Wohngebietes Suhl-Nord in ein Gewerbegebiet.
 - b) Erhaltung der im Gebiet der Stadt Suhl vorhandenen Landes- und Bundesbehörden sowie Unterstützung bei der Ansiedlung der künftigen (alleinigen) Thüringer Außenstelle der Stasi-Unterlagenbehörde.
 - c) Ansiedlung einer höheren Bildungseinrichtung in der Stadt Suhl.
 - d) Unterstützung und Förderung bei folgenden Sanierungs- und Investitionsobjekten:
 1. grundsätzliche Sanierung des Ottilienbades sowie der energetischen Sanierung des CCS (Dach, Fassade, Atrium)
 2. Sanierung der Schule Förderzentrum Aue
 3. Sanierung des Areals Brand- und Katastrophenschutzes in der Aue
 4. Sanierung des Sportkomplexes Aue-Sportpark
 5. Schaffung leistungsgerechter Feuerwehrstandorte in den Ortsteilen Schmiedefeld und Gehlberg
 6. Erwerb und Sanierung des Areals „Altes Glaswerk“ im Ortsteil Schmiedefeld
 7. Aufnahme der Ortsteile Schmiedefeld und Gehlberg in spezielle Unterstützungsprogramme der Dorferneuerung und LEADER.
- 6) Der Oberbürgermeister wird beauftragt, alle relevanten Abstimmungen zu führen, den Stadtrat und seine Ausschüsse einzubeziehen, aktuell über den Stand der Umsetzung zu berichten, erforderliche Vorschläge für das weitere Handeln zu unterbreiten sowie eine transparente Information der Bürger zu gewährleisten. Die öffentlichen Informationen zum „Oberzentrum Südthüringen“ sollen im Einvernehmen mit den Städten Zella-Mehlis, Schleusingen und Oberhof erfolgen.
- 7) Sofern dieser Beschluss in seiner Gesamtheit oder auch Teile dieses Beschlusses im Widerspruch gegen frühere Beschlüsse des Stadtrates oder Teilen daraus stehen, ersetzen die Regelungen dieses Beschlusses die konkurrierenden Festlegungen der zeitlich früher gefassten Beschlüsse.

679/24/2019 vom 20.03.19

Vorlage 1:

Anträge auf Änderung des Entwurfs des Flächennutzungsplanes der Stadt Suhl im Bereich „Dürre Lauter“, Ortsteil Goldlauter-Heidersbach

680/25/2019 vom 20.03.19

Vorlage 2:

Aufgabenstellung zum Vorhaben „Kleingartenentwicklungskonzept Suhl 2035“

681/26/2019 vom 20.03.19

Vorlage 3:

Beauftragung der SNG mbH Suhl / Zella-Mehlis zur Umsetzung der Verkehrsbedienung in Schmiedefeld und Gehlberg

682/27/2019 vom 20.03.19

Vorlage 4:

Feststellung der Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses der Stadt Suhl zum 31.12.2017

683/28/2019 vom 20.03.19

Vorlage 5:

Entlastung des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters für die Erstellung des Jahresabschlusses der Stadt Suhl zum 31.12.2017

684/29/2019 vom 20.03.19

Vorlage 6:

Bewilligung einer Maßnahme im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung gemäß § 52a Satz 2 ThürKO i. V. m. § 10 ThürKDG zur Sicherung der Durchführung kommunaler Beschäftigungsmaßnahmen im Haushaltsjahr 2019 ff.

685/30/2019 vom 20.03.19

Vorlage 7:

Bereitstellung finanzieller Mittel in Höhe von 340 T€ im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019 für den Neubeginn der Investitionsmaßnahme Ersatzneubau Brücke über die Lauter (Gothaer Straße / Knoten Henneberger Haus (BW 22a))

686/31/2019 vom 20.03.19

Vorlage 9:

Bereitstellung der finanziellen Mittel für die Durchführung einer Messung des Deutschen Wetterdienstes mit dem Ziel der Zertifizierung des Bergwerkes "Schwarze Crux" als Heilstollen

Beschluss des Sozialausschusses Nr. 01/2019 vom 06.02.2019

Protokoll der 37. Sitzung des Sozialausschusses am 05.12.2018

Beschluss des Werkausschusses EB KDS Nr. 43/2019 vom 12.02.2019

Bestätigung der Niederschrift der 26. Sitzung des Werkausschusses am 12.12.2018

Beschluss des Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschusses Nr. 149/2019 vom 06.02.2019

Protokoll 44/2019 der Sitzung des Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschusses vom 09.01.2019

Beschluss des Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschusses Nr. 03/2019 vom 21.02.2019

Protokoll der 75. Sitzung des FVR am 15.01.2019

Beschluss des Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschusses Nr. 04/2019 vom 21.02.2019

Durchführung von Veranstaltungen im Haushaltsjahr 2019

Beschluss des Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschusses Nr. 05/2019 vom 21.02.2019

Bereitstellung finanzieller Mittel i. H. v. 5 T€ im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019 für das 21. Gipfeltreffen auf dem Schneekopf

Beschluss des Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschusses Nr. 06/2019 vom 21.02.2019

Festlegung des Zinssatzes für die Verzinsung des Anlagevermögens der kostenrechnenden Einrichtungen der Stadt Suhl für 2018

Beschluss des Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschusses Nr. 07/2019 vom 21.02.2019

Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel in Höhe von 11.850,- € im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019 für die Investitionsmaßnahme Grundhafter Ausbau Prießnitzstraße

Beschluss des Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschusses Nr. 08/2019 vom 21.02.2019

Bereitstellung zusätzlicher finanzieller Mittel in Höhe von 30 T€ im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019 für die Investitionsmaßnahme Straßenmarkt Heinrichs

Beschluss des Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschusses Nr. 09/2019 vom 21.02.2019

Bestätigung von überplanmäßigen Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2018 für die Investitionsmaßnahme „Ausbau Bahnhofstraße“

Beschluss des Finanz-, Vergabe- und Rechnungsprüfungsausschusses Nr. 10/2019 vom 21.02.2019 (ö. T.)

Bereitstellung finanzieller Mittel im Rahmen der vorläufigen Haushaltsführung 2019 für die Fortführung der Investitionsmaßnahme „Winterwelt Schmiedefeld“

Folgende Vorlage wurde in der 55. Sitzung des Stadtrates Suhl am 20.03.2019 im öffentlichen Teil zurückgezogen:

Vorlage 8:

Prüfauftrag zur Schaffung eines Schulverbundes zwischen dem Heinrich-Erhardt-Gymnasium Zella-Mehlis und dem Friedrich-König-Gymnasium Suhl

→ wurde zurückgezogen